

Das Politikererlebnis in der Demokratie - wann reißt der Geduldsfaden?

Wie erleben die Bürger ihre Demokratie? Natürlich wandelt sich das Demokratieerlebnis mit der Zeit, und natürlich ist es von Person zu Person und von Land zu Land verschieden, geprägt von individuellen Einstellungen und aktuellen Ereignissen. Es unterliegt aber auch langfristigen Trends, die sich in verschiedenen Kontexten ähnlich beobachten lassen.

Zum Beispiel Frankreich. Dort haben die Bürger in den zurückliegenden dreieinhalb Jahrzehnten bei Wahlen die herrschende Regierungsmehrheit regelmäßig abgelöst. Keine gewählte Regierung hat es vermocht, die Mehrheit der Wähler eine Wahlperiode lang mit ihrer Politik zu überzeugen. Da die Parteien noch immer ins Rechts-links-Schema eingeordnet werden, hat die Mehrheit daher immer abwechselnd rechts oder links gewählt. Über 35 Jahre hat es also keine rechte oder linke parlamentarische Mehrheit und keine Regierung gegeben, mit der die Mehrheit der Bürger einigermaßen zufrieden war. Der Wechsel demokratisch gewählter Regierungsmehrheiten ist natürlich nichts Bedenkliches, auch wenn er vergleichsweise häufig geschieht, bedenklich ist es eher, wenn jahrzehntelang dieselben Parteien regieren. Wenn aber Mehrheiten so regelmäßig bei der nächsten Gelegenheit abgewählt werden, ist dies doch ein gravierendes Symptom. Wenn Wähler immer wieder daran scheitern, sich eine leistungsfähige politische Führung zu wählen, dann deutet dies schon auf ein Systemversagen hin. Zumindest aber zeigt es, dass die Demokratie ihren Bürgern ein höchst frustrierendes Politikererlebnis bietet.

Nur in wenigen Demokratien haben regierende Mehrheiten bisher so regelmäßig das Wählervertrauen verloren wie zuletzt in Frankreich, aber das Politikererlebnis ist doch anderswo ähnlich frustrierend. Die Bürger Italiens z.B. haben in den Jahrzehnten ihrer Demokratiegeschichte keine einzige halbwegs kompetente und zugleich stabile Parlamentsmehrheit und Regierung erlebt. Sie haben den Totalzusammenbruch eines korrupten und verkrusteten Parteiensystems erlitten, gefolgt von Scheinblüte und Niedergang unter dem selbstsüchtigen Politikdarsteller Berlusconi, dieser wiederum gefolgt von neuen instabilen Regierungsmehrheiten. Die italienische Demokratiegeschichte ist ein unstetes Spektakel am Rande des Zusammenbruchs und lange Zeit am Rande des Staatsbankrotts. Parteien oder gar eine Regierung, die sich die Lösung langfristiger Probleme einigermaßen glaubhaft auf die Fahnen geschrieben hätten, hat Italien nie erlebt. Von einem erhebenden oder auch nur würdevollen demokratischen Politikererlebnis konnte dort nie die Rede sein.

Frankreich und Italien sind in Sachen Politikerlebnis keineswegs Sonder-, sondern eher Durchschnittsfälle. Damit ist nicht gesagt, dass demokratische Staaten ihren Bürgern in jüngerer Zeit keine positiven Politikerlebnisse vermittelt hätten. Positiv wurde demokratische Politik aber zumeist nur erlebt, wenn sie vom Charisma herausragender Politikdarsteller überstrahlt wurde oder wenn nationale Notlagen zu bewältigen waren. Wenn gewählten Staatsführungen solche besonderen Aufgaben zufallen, können gelungene Einzelaktionen und symbolische Handlungen genügen, um einer ansonsten leistungsschwachen Demokratie vorübergehenden Glanz zu verleihen. Namen wie Kennedy, Brandt, Kohl oder Havel, so verschieden deren Ausnahmestellung auch begründet ist, sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Solchen Galionsfiguren der Demokratie steht indes die große Mehrheit gewählter Politiker gegenüber, die ein eher negatives Politikerlebnis verkörpern. Hierzu gehören neben zahllosen schwachen, überforderten und vergessenswerten Durchschnittsregierenden natürlich auch eigennützig und korrupte Vetternwirtschaftler, Staatsbankrotteure, Staatsterroristen und sonstige moralvergessene Rechtsbrecher wie Nixon, Craxi, Berlusconi und auch Blair, George W. Bush und dessen - taktisch weitaus versierterer - Geistesverwandter Putin. Letztere verdeutlichen zugleich, wie die Schwäche des demokratischen Politikerlebnisses noch immer durch patriotisch aufgeladene Konflikt- und Kriegsbereitschaft überspielt werden kann.

Der Restwert des Wählens

Dass die Demokratie ihren Bürgern kein positiveres Politikerlebnis mehr bietet, sollte nicht überraschen. Die Demokratie wurde seit Jahrhunderten nicht grundlegend reformiert. Sie zeigt ihre Defizite in der Überforderung des politischen Führungspersonals und damit im gesamten politischen Alltagsgeschäft, im Umgang mit politischen Zukunftsproblemen wie demographischem Wandel, Generationengerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz, Bildung und Schutz der Privatsphäre und im Umgang mit elementaren zwischenstaatlichen Aufgaben wie Hilfe zur Friedenswahrung und Hilfe zur politischen Systementwicklung. Grundlage für eine hoch entwickelte, zukunftstaugliche und stabile Wertegemeinschaft kann eine solche Demokratie nicht sein.

Eine ernsthafte Demokratieskepsis hat dies aber bisher nicht ausgelöst. Allein die Tatsache, dass sie wählen dürfen, versöhnt viele Bürger noch immer mit ihrer Demokratie. Wahlen erzeugen noch immer eine gewisse Spannung, und sie haben noch Unterhaltungswert. Noch immer sind daher die wenigsten Bürger bereit, sich z.B. durch aktives Nichtwählen vom ansonsten eher negativen Politikerlebnis zu distanzieren.¹ Dass dies so bleibt, ist aber alles andere als selbstverständlich. Wahlen herkömmlicher Art verlieren zunehmend an Attraktivität und mehr noch an Plausibilität. Den Wählern ist immer weniger noch plausibel

¹ Näheres zum aktiven Nichtwählen unter www.parteien-stop.de.

erklärbar, dass und wie sie mit ihrem Wahlvotum, in der Regel also mit der Stimme für eine politische Partei, Politik beeinflussen können. In den Staaten der EU beispielsweise sollen Wähler Politik auf vier verschiedenen Ebenen durch ihr Votum mitgestalten, auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, und bei jeder dieser Wahlen treten dieselben Parteien an. Dem Wähler steht nichts anderes als die Bekundung seiner Parteienpräferenz zu Gebote, um auf politisches Handeln auf allen Ebenen einzuwirken, u.a. also auf die Ausstattung seiner Kommune mit Parkbänken und Spielplätzen, die Organisation von Polizei und Justiz, auf Verkehrspolitik, Energiepolitik, das Rentensystem, Umwelt- und Klimaschutz, die Regeln des Sozialstaats, die Regeln der Zuwanderung bis hin zum Aus- oder Rückbau der Europäischen Union.

Dies ist natürlich eine Zumutung, und es dürfte von immer mehr Bürgern so empfunden werden. Auch wenn die Rituale von Wahlen und Wahlkämpfen immer noch Spannung erzeugen, werden die Unbestimmtheit, Unverbindlichkeit und Inhaltslosigkeit von Wahlausagen und Wahlwerbung den Bürgern doch zunehmend zum Ärgernis. Die Parteien könnten aber nicht anders, selbst wenn sie es wollten. Je mehr Ebenen und Felder die Politik umspannt, desto unmöglicher wird es, vor Wahlen hierzu halbwegs griffige Aussagen zu treffen. Wahlwerbung muss sich daher immer mehr der Methodik der Konsumwerbung bedienen. Es geht dabei immer weniger noch um Sachinformation darüber, wem welche geplanten politischen Maßnahmen nützen oder schaden würden, als darum, für eine Partei positive Assoziationen zu schaffen. Wähler sollen „abgeholt“ werden bei spontanen Sympathien und Anhänglichkeiten auch ohne jeden politischen Bezug, bei beliebigen Loyalitäten oder ganz schlicht bei einem zeittypischen Lebensgefühl. Exemplarisch hierfür mag die Aufforderung einer Partei stehen, ihr im Wahlkreis Harburg ausgerechnet bei einer Europawahl die Stimme „aus Liebe zu Harburg“ zu geben. So etwas ist ein Akt systembedingter Ratlosigkeit, aber es ist auch ein Offenbarungseid der politischen Kommunikation.

Die Niveaulosigkeit solcher Parteienwerbung lässt die Bürger natürlich an der Ernsthaftigkeit des Wählens immer mehr zweifeln und damit das Politikerlebnis in der Demokratie weiter erodieren. Hieran wird sich auch dann nichts ändern, wenn in Zukunft immer mehr Bürger die vermeintlich zu ihnen passende Parteienpräferenz mit Computerhilfe ermitteln, beispielsweise mit der Internetsoftware Wahl-o-Mat. Dies mag den Unterhaltungswert von Wahlen und damit die Wahlbereitschaft insbesondere junger Wähler vorübergehend erhöhen, aber auf längere Sicht wird demokratisches Wählen dadurch nur umso mehr seiner Ernsthaftigkeit beraubt.

Politikerlebnis und die Medien

Wie aber könnte die Demokratie unter diesen Umständen wieder ein seriöseres Politikerlebnis kreieren, eines, das auch künftigen politischen Problemlandschaften gerecht wird? Die noch immer naheliegenden Reflexe sind, hierbei auf charismatische Führungs-

figuren zu setzen, auf die Mobilisierung patriotischen Pathos‘ und sonstige Formen identifikatorischer Aufladung. Auch repräsentative Erbmonarchen und gewählte repräsentative Staatsoberhäupter spielen in dieser Funktion noch immer eine wichtige Rolle. Dem mittlerweile gängigen Typus demokratischer Staatslenker fällt es aber zunehmend schwer, patriotische Gefühle noch glaubhaft für sich und die Demokratie zu vereinnahmen. Auch die Versuche von Politikern, am Glanz anderer nationaler Identifikationsfiguren teilzuhaben, dem Glanz von Spitzensportlern etwa, von Künstlern oder vereinzelt auch von Intellektuellen, in deren Gesellschaft sie sich der Öffentlichkeit zeigen, erscheinen zunehmend gekünstelt und damit unglaubwürdig. Es wird daher immer unwahrscheinlicher, dass Einzelpersonen glanzlosen Demokratien in Zukunft noch neuen Glanz werden verleihen können.

Realistisch wäre es eher, auf die Medien als Mitgestalter eines zeitgemäßen und glanzvolleren Politikerlebens zu setzen. Aber auch die Medien können sich nicht den vom Parteiensystem geprägten Mechanismen demokratischer Meinungsbildung entziehen. Sie sind darauf angewiesen, politische Meinungen doch immer wieder mit politischen Parteien und letztlich mit Wahlen in Verbindung zu bringen. Positionen, die noch von keiner politischen Partei vertreten werden, kommen daher in den wichtigen politischen Medien kaum vor. Öffentlich-rechtliche Medien wollen dies so, weil sie zumindest indirekt stark von Parteien beeinflusst werden, und kommerzielle Medien wollen es aus wirtschaftlichen Gründen. Von Ausnahmefällen abgesehen, beschränkt sich daher auch die Politikdarstellung der Medien darauf, den Bürgern das glanzlose demokratietytische Politikerlebnis unkritisch zu vermitteln.

Die vorläufige Langmut der Bürger

Das eigentlich Überraschende ist unter diesen Umständen nicht das sterile Politikerlebnis, sondern die Langmut der sich damit arrangierenden Bürger. Der demokratische Alltag ist emotional wie intellektuell gleichermaßen reizlos, aber niemand lehnt sich dagegen auf. Die meisten Wahlberechtigten beteiligen sich unverdrossen weiter an Wahlen, auch wenn die Geschichte sie mittlerweile lehrt, wie wenig Wahlergebnisse an der Qualität von Politik ändern.

Wie ist dies zu erklären? Neben der Hoffnung, mit der eigenen Stimme wenigstens dem kleineren Übel zur Macht verhelfen zu können, spielen hierbei auch der Demokratie zugeschriebene zivilisatorische Errungenschaften noch eine wichtige Rolle. Den meisten Bürgern gilt die Demokratie noch als der einzig zuverlässige Garant von politischer Freiheit, von Rechtsstaatlichkeit und von wohlstandssichernder Marktwirtschaft, und dies hilft ihnen, über die Schwächen des demokratischen Politikerlebnisses hinwegzusehen. Diese Zuschreibung beruht aber auf einem Missverständnis. Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft gehen zwar mit der Demokratie zumeist einher, aber nicht notwendigerweise. Sie werden weder von der Demokratie garantiert, noch sind sie von ihr abhängig, zumindest nicht von der

Demokratie in ihrer bestehenden Form. Wenn die Bürger es so wollen, sind diese Errungenschaften ebensogut und besser in anderen Staatsformen realisierbar.²

Schlüssig erklärbar ist das Arrangement mit der leistungsschwachen und glanzlosen Demokratie daher letztlich nur mit der Anspruchslosigkeit der Bürger. Paradoxe Weise sind es gerade die besonders negativen Politikererlebnisse, die diese Anspruchslosigkeit festigen. Die Bürger erleben demokratische Politik als unzulänglich, aber sie erleben auch, dass die Unzulänglichkeit noch größer sein kann. Man ist daher zufrieden, wenn es nicht ganz so schlimm kommt, wie es schon einmal war oder wie es anderswo ist. So hilft jedes auffallend negative Politikererlebnis, die bestehende Demokratie vor Ansprüchen zu schützen, die sie womöglich nicht selbst erfüllen kann.

Diese von der Politik selbst geschaffene Anspruchslosigkeit erklärt auch, dass so blasse politische Führungspersonlichkeiten wie der Typus Merkel anhaltend hohe Zustimmungswerte bei den Bürgern erzielen. Dieser Typus steht für kaum mehr als das kalkulierbare politische Risiko. Man ist erleichtert, wenn keine risikofreudiger erscheinenden Aspiranten die Mehrheitsmacht erringen und keine skrupellosen Populisten, keine korrupten Führungsquaden, kein egomanischer Politclown wie Berlusconi, kein orientierungsloser Dilettant wie Hollande, kein scheindemokratischer Dämon wie Putin und kein Kriegstreiber wie George W. Bush und andere. Man weiß also, dass Politik schlechter sein kann als die vom Politikertypus Merkel praktizierte, aber man weiß nicht, ob eine bessere gibt. Dies versöhnt mit dem blassesten politischen Mittelmaß. Selbst so anschauliche Folgen politischer Inkompetenz wie Finanzmarkt-, Staatsverschuldungs- und Konjunkturkrisen, Euro-Krisen, Krisen des europäischen Integrationsprozesses, gescheiterte Militärinterventionen, Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit, extreme Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Europas und die Abkoppelung bildungsferner gesellschaftlicher Milieus ändern hieran vorerst nichts.

Vom demokratischen Politikererlebnis zum neokratischen?

Natürlich hatten die Demokratiebürger nicht immer nur die Wahl, sich von Versagern, Hasardeuren oder von blassem Mittelmaß regieren zu lassen. Sie mussten auch nicht immer schon mit einem einzigen Kreuz auf dem Wahlzettel über ein hoffnungslos unüberschaubares Politikfeld urteilen. Nicht immer war es auch hoffnungslos unzeitgemäß, wenn charismatische Führungspersonlichkeiten zum personifizierten politischen Programm wurden oder wenn sie die politische Aufmerksamkeit der Bürger auf ein von ihnen herausgestelltes politisches Einzelthema fokussierten. Es gab tatsächlich Zeiten, in denen die Bürger schon mit der Entscheidung für eine Person oder für das von ihr herausgestellte Anliegen ihrer demokratischen Bürgerpflicht leidlich genügten.

² Insbesondere natürlich in neokratischen Staatsformen.

Solche Fokussierung des Politikerlebens auf Einzelpersonen und Einzelthemen wird aber immer unzeitgemäßer. Zeitgemäß wäre genau das Gegenteil. Zeitgemäßer wäre das Bekenntnis, dass das Ganze der Politik für den einzelnen Bürger nicht mehr erfassbar ist und nicht mehr auf eine Personalentscheidung reduzierbar. Dieser Gedanke sollte niemandem mehr ganz fremd sein, aber er ängstigt natürlich auch. Er gibt das Gefühl, im politischen Prozess als Bürger auf verlorenem Posten zu stehen. Auch um sich dies nicht einzugestehen, lassen Bürger sich doch immer wieder auf Populisten und Charismatiker ein, die mit umso größerer Selbstverständlichkeit für die Politik als Ganze zu stehen scheinen. So wichtig solche Führungspersönlichkeiten für die Demokratiegeschichte zeitweise waren, so selten waren sie aber wirklich große Problemlöser, und sie werden es in Zukunft immer weniger noch sein können. Politiker wie Merkel sind demgegenüber immerhin der etwas zeitgemäßere Typus.

Politiker dieses Typus machen es den Bürgern aber natürlich schwerer. Sie schaffen nicht mehr die Illusion, das Ganze der Politik mit Leichtigkeit oder gar Lässigkeit zu beherrschen. Sie erscheinen nicht als souveräne Problemlöser aus eigener Kraft, sondern eher in einem Zustand beständiger Anstrengung oder Überforderung. Aber selbst hieraus können die Bürger indirekt noch ein Gefühl der Erleichterung schöpfen. Es hilft ihnen nämlich, die Grenzen ihrer eigenen politischen Kompetenz anzunehmen. Wenn sich schon unsere gewählte Staatsführung mit der politischen Kompetenz schwertut, so der naheliegende Gedanke, dann dürfen wir es erst recht. Dann können wir uns dazu bekennen, von Politik allenfalls einen kleinen Ausschnitt zu verstehen, und dann müssen wir auch nicht so tun, als wüssten wir, was wir mit unserem Kreuz auf dem Wahlzettel letztlich bewirken.

Vom Politikertypus Merkel mittelmäßig regiert zu werden wird so zum Inbegriff politischer Normalität. Natürlich könnten die Bürger sich von ihrer politischen Führung Besseres wünschen, mehr Kreativität, mehr Weitsichtigkeit, höheres Problembewusstsein, mehr Entscheidungssicherheit, Vorbildlichkeit, mehr Lernfähigkeit und generell mehr politische Moralität, aber sie tun es nicht. Sie arrangieren sich daher auch mit den von Parteien dominierten Formen der politischen Willensbildung, mit der anhaltenden Personalisierung und Ideologisierung politischer Sachthemen, der parteienfokussierten Politikdarstellung in den Medien und der erdrückenden Präsenz von Parteienvertretern u.a. in politischen Talkshows. Auch die allgemeine Stagnation und Verkrustung des politischen Diskurses nehmen sie demzufolge klaglos hin.

Dies wird sich so bald nicht ändern, aber irgendwann sollte die Geduld mit dieser bedenklich mittelmäßigen Demokratie doch erschöpft sein. Den glaubwürdigsten Anfang könnten hierbei die am wenigsten schlecht regierten etablierten Demokratien machen. Irgendwann sollte dort das Argument nicht mehr verfangen, es könne alles viel schlimmer sein, so schlimm beispielsweise wie in irgendwelchen schlechter regierten Nachbardemokratien. Ein „Seid froh, dass es euch nicht geht wie den Menschen in...“ und erst recht ein „Seid froh,

dass es euch besser geht als den Generationen eurer Großväter und Urgroßväter“ sollte den Bürgern zunehmend auf die Nerven gehen. In irgendeiner der kommenden Generation sollte der Geduldsfaden reißen.

Aber wartet am Ende der Geduld das Chaos? Alles andere als das. Mit der Erschöpfung der Geduld wird schon die Bereitschaft gewachsen sein, auch grundlegende Fragen zur Zukunft der Demokratie zu stellen, also auch grundlegende Verfassungsfragen. Dann wird nicht nur gefragt werden, ob der herkömmliche Parteienstaat noch ein zeitgemäßes Politikerlebnis bieten kann und ob er überhaupt noch eine zeitgemäße Staatsordnung ist. Gefragt wird dann auch, ob ein Parlament herkömmlicher Art, zumal ein partei-dominiertes, noch das vitale Kreativzentrum von Staat und Politik sein kann, das für einen gestaltenden Staat unabdingbar ist. Und gefragt wird schließlich, wie ein neues Kreativzentrum für Politik geschaffen werden könnte, ohne damit eine Staatskrise zu riskieren.

Für ein solches neues, nichtrevolutionäres Kreativzentrum wird sich als erstes das Institutionenmodell des neokratischen Verfassungsrats bzw. -kongresses anbieten.

05– 2014

www.reformforum-neopolis.de

www.neopolis.info

www.parteien-stop.de

www.neokratieverfassung.de